

# Abfuhr für Pistenverlängerung

Am Pistensystem des Flughafens soll nicht gerüttelt werden: Die zuständige Kommission des Kantonsrates spricht sich für eine Behördeninitiative aus, welche den Verzicht auf jegliche Pistenausbauten fordert. Fluglärmgegner sind zufrieden.

**ZÜRICH** – «Der Staat soll sich dafür einsetzen, dass es am Flughafen Zürich nicht zu einem Neu- und Ausbau von Pisten kommt», hält die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) fest. So könne für die Anrainergemeinden Planungssicherheit geschaffen werden. Zudem werde «einer übermässigen Kapazitätssteigerung des Flughafens vorgebeugt». Die Mehrheit der Kevu stellt sich deshalb hinter die sogenannte Behördeninitiative 2 (siehe Kasten). Eine Minderheit lehnt sie hingegen ab, da allfällige Pistenausbauten ohnehin zwingend vom Volk an der Urne bewilligt werden müssten.

## «Keine Mehrheit für Ausbau»

Die Direktbetroffenen reagieren erfreut: Bürgerorganisationen und Behördenzusammenschlüsse rund um den Flughafen Zürich sprechen von einem wichtigen Entscheid. Es handle sich um einen «Warnschuss vor den Bug der regierungsrätlichen Luftfahrtspolitik», sagt Hanspeter Lienhart,

Stadtrat von Bülach und Präsident der Interessengemeinschaft Nord. «Wir fordern den Regierungsrat auf, sich heute schon dem Entscheid zu beugen und auf unsinnige und unbezahlbare Ausbaupläne zu verzichten», sagt Fritz Kauf, Kopräsident des Bürgerprotests Fluglärm Ost (BFO). Und der Dachverband Fluglärmschutz ergänzt, dass Pistenausbauten im Kanton Zürich politisch nicht mehrheitsfähig seien. «Die Kevu ist politisch breit und erst noch bürgerlich dominiert», sagt SP-Kantonsrätin Priska Seiler Graf, die Mitglied der Kevu ist und den Dachverband präsidiert. Sie ist deshalb – wie die IG Nord und der BFO – davon überzeugt, dass die Position der Verkehrskommission für die anstehende Debatte im Kantonsrat «wichtig und gewichtig» sein wird. «Wir sind zuversichtlich, dass nun auch der Kantonsrat der Initiative zustimmen wird.»

In der vorbereitenden Kommission sind viele Politiker aus flughafenahen Gemeinden vertreten – von der FDP

etwa Martin Mossdorf (Bülach), der sich seit Langem für ein Pistenmoratorium ausspricht, und von der SVP unter anderem Werner Bosshard (Rümlang), der eine Pistenverlängerung in der «NZZ» kürzlich als einen «territorialen Eingriff» bezeichnet hat. Thomas Vogel, Präsident der FDP-Fraktion, relativiert den Kevu-Entscheid deshalb: Mitglieder der Kommission würden wohl auch ihre persönliche Meinungen abgeben, und nicht zwingend jene der Fraktionsmehrheiten widerspiegeln. «Die offiziellen Meinungen der bürgerlichen Fraktionen werden anders ausfallen», sagt Vogel. Ihm ist aber auch bewusst, dass die Behördeninitiative im Kantonsrat dennoch gute Chancen hat: «Wenn die linke Ratsseite und die CVP dafür sind, dann braucht es nicht einmal mehr bürgerliche Politiker für eine Mehrheit.»

## Referendum wird erwartet

Die Debatte im Kantonsrat über die Behördeninitiative «Kein Neu- und Ausbauten von Pisten» wird voraussichtlich im Februar stattfinden. Angesichts früherer Flughafendiskussionen dürfte das Anliegen, das von den Behörden aus 42 Gemeinden im Novem-

ber 2006 eingereicht worden ist, von einer Mehrheit unterstützt werden.

Gegen diesen Entscheid könnte von bürgerlicher Seite das Referendum ergriffen werden. Entsprechende Signale sind bereits vorhanden. Auch Priska Seiler Graf geht davon aus, dass die Initiative im kommenden September wohl noch dem Volk vorgelegt werden wird. Zumal die Hürde für ein Behördenreferendum tief liegt – es müsste von 45 Kantonsräten unterstützt werden. Alleine die SVP-Fraktion verfügt über 56 Mitglieder.

Anders als dem Pistenmoratorium hat die Kevu den beiden weiteren pendingen Flughafenvorstössen eine Abfuhr erteilt. Von einer Beschränkung der jährlichen Flugbewegungen bei 320 000 hält die Mehrheit der Kommission wenig. Dieses Anliegen sei mit dem neuen Modell «Zürcher Fluglärmindex Plus» ja bereits in modifizierter Form berücksichtigt worden. Einstimmig hat sich die Kommission im Weiteren gegen die «Verteilungsinitiative» ausgesprochen. Das angestrebte Ziel könne nicht umgesetzt werden, ein gerechtes Rotationssystem sei durch die topografischen und meteorologischen Gegebenheiten gar nicht möglich. (OLIVER GRAF)

## Fitze für einen Samichlaus-Vers

**BERGLATT** – Die Sozialvorsteherin der Gemeinde Oberglatt, Rita Rauper (FDP), sorgt mit einem Samichlaus-Vers für Aufregung. Im offiziellen Dezember-Mitteilungsblatt dichtet sie: «Samichlaus, Du liebe Maa, söttisch die Unerliche diheime laa. Wänd nöd schaffe und händ kei Gäld, spiled lieber Gitarre uf dere Wält. Mir Stürzähler freued eus, mir dörfed berappe, d'Wonig, s'Ässe für d'Chind, Mame und de Papp. Anstatt eus zbringe en Sack voll Nusse, pack doch die i und nimms in Wald use.» Im «Tages-Anzeiger» von gestern gibt Hans Schürmann von der SP Oberglatt Rauper für ihre Dichtkunst die Fitze: «Das grenzt an Rassismus und gehört nicht in ein Mitteilungsblatt einer Gemeinde.» Gemeindepräsident Werner Stäheli sieht jedoch kein Problem und begründet: «Wir haben keine Zensur.» (bä)

## Zürcher Teuerung unter 2 Prozent

**ZÜRICH** – Zum ersten Mal in diesem Jahr ist im November die Jahresteuering in Zürich unter die 2-Prozent-Marke gesunken. Gegenüber dem Monat Oktober ging der Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise um 0,6 Prozent auf 103,8 Punkte zurück, wie das Kantonale Statistische Amt und Statistik Stadt Zürich mitteilten.

Die zwischen November 2007 und November 2008 aufgelaufene Jahresteuering lag Ende November bei 1,7 Prozent (Vorjahreswert: 1,8 Prozent). Der Index ist massgeblich für den Teuerungsausgleich des Staatspersonals. (sda)

## SD: Keine Liebe für SVP-Liebi

**ZÜRICH** – Die Schweizer Demokraten (SD) halten nichts vom Zürcher SVP-Stadtratskandidaten Roger Liebi. Wegen dessen positiver Haltung zur EU-Personenfreizügigkeit sei er nicht wählbar. Liebi sei mit seiner Haltung «für die ungebremste Masseneinwanderung», kritisiert die SD in einer Mitteilung. Die SD verzichte auf eine Teilnahme an den Ersatzwahlen vom 8. Februar 2009, lehne aber auch den SVP-Kandidaten ab. Die FDP entschied ebenfalls gestern, ob sie Liebi unterstützen will (siehe Seite 23). (sda)

## FLUGHAFEN ZÜRICH: DIE DREI INITIATIVEN

Über die **Plafonierungsinitiative** sowie über den Gegenvorschlag des Regierungsrates mit dem «Zürcher Fluglärmindex» hat das Zürcher Stimmvolk im November 2007 befunden. Drei weitere Vorstösse sind im Kantonsrat pending. Der Regierungsrat lehnt sie ab. Die Kommission für Verkehr, Energie und Umwelt spricht sich mehrheitlich für ein Pistenmoratorium aus.

■ **Behördeninitiative 1:** Beschränkung der jährlichen Flugbewegungen bei 320 000. Einführung einer Nachtruhe von acht Stunden. Die Initiative wurde im Juli 2006 von 69 Stadt- und Gemeinderäten eingereicht.

■ **Behördeninitiative 2:** Verzicht auf den Aus- oder Neubau von Pisten auf dem Flughafen Zürich. Im November 2006 von Behördenvertretern aus 42 Gemeinden lanciert.

■ **Fairflug-Initiative:** An- und Abflüge sollen – mittels Rotation und Zeitfenster – auf alle Regionen «verteilt» werden. Von der Bürgerinitiative Fluglärmsolidarität ausgearbeitet. (og)



Wo die Flugzeuge heute starten, sollen sie auch in Zukunft abheben: Eine Fachkommission will keine Pistenverlängerungen. Bild: key

## Energie für drei Millionen gespart

**ZÜRICH** – Dank Betriebsoptimierungen bestehender Gebäude hat die Stadt Zürich im vergangenen Jahr ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um etwa 3000 Tonnen senken können. Dadurch wurden Energiekosten in der Höhe von rund drei Millionen Franken eingespart.

2007 sind insgesamt 91 städtische Gebäude und Gebäudeparks energetisch optimiert worden, wie

Stadträtin Kathrin Martelli vor den Medien sagte. Ähnliche Anstrengungen laufen auf kantonaler Ebene. Gemäss Beat Wüthrich vom Hochbaudepartement wurden bisher 9 von insgesamt 21 kantonalen Liegenschaftsarealen betriebsoptimiert. Auf diese Weise konnte der Heizölverbrauch um rund 150 000 Liter oder fünf Prozent gesenkt werden. (sda)

## «TeleZüri» akzeptiert Bundesentscheid

Der Regional-TV-Sender «TeleZüri» ficht den Konzessionsentscheid des Bundes nicht an und baut sein Sendegebiet stark aus.

**ZÜRICH** – Insgesamt werde der zum Tamedia-Konzern gehörende private Fernsehsender «TeleZüri» mit dem Ausbau des Sendegebietes in den analogen und digitalen Netzen in Zukunft mehr als 1,06 Millionen Haushalte erreichen, schreibt Tamedia. Das heutige Konzessionsgebiet umfasse rund 605 000 Haushalte.

«TeleZüri» als ältester Regionalfernsehsender der Schweiz war Ende Oktober bei der Vergabe der Konzessionen für die nächsten zehn Jahre leer ausgegangen. In der Region Zürich-Nordostschweiz machte «TeleTop» das Rennen um die Konzession und die damit verbundenen Gebührengelder. Der Sendebetrieb ohne Konzession ermöglicht es «TeleZüri» nun, das Sendegebiet ohne rechtliche Einschränkungen auszudehnen. Der Konzessionsentscheid des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist nach Ansicht von Tamedia zwar fragwürdig. Dank dem Zugang zu den Kabelnetzen könne nun auf eine Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht verzichtet werden. Dass nun keine Einspra-

che erfolgt, bedeutet für «TeleTop», dass es die neue Konzession definitiv erhält. Der geplante Ausbau des «TeleZüri»-Sendegebietes soll im Verlauf der kommenden sechs Monate erfolgen, wie Tamedia schreibt. Im Mittelpunkt des Programms stünden weiterhin die Region Zürich und diejenigen Gebiete der Deutschschweiz, die enge Beziehungen zu Zürich haben. Die Aufschaltung des Zürcher Senders im Raum Schaffhausen und in Zug wer-

de derzeit mit den betreffenden Netzbetreibern geprüft. Ergänzend werde auch die digitale Verbreitung ausgebaut. Geplant ist die Aufschaltung im Digital-TV-Angebot von Cablecom in der gesamten Deutschschweiz und im Tessin. Zudem soll «TeleZüri» ins gesamtschweizerische Angebot von «BluewinTV» aufgenommen werden. In der Nordostschweiz wird die digitale Verbreitung in Teilen des Kantons Thurgau ausgebaut. (sda)

## INKÜRZE

### 16 000 Party-Anmeldungen

**ZÜRICH** – Für eine Party in Zürich am 20. Dezember, zu der auf der Internetplattform «Facebook» eingeladen wird, haben sich 16 000 Personen angemeldet. Die Organisatoren erklären, ein so grosses Festlokal zu finden sei unmöglich. Sie wollen einen Club für 2200 Personen mieten. In Winterthur soll am 31. Januar 2009 eine «Facebook»-Party stattfinden.

### Parolen der SP

**ZÜRICH** – Der SP-Parteivorstand des Kantons Zürich hat die Ja-Parole zur Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre» gefasst. Die kantonale Vorlage kommt am 8. Februar 2009 vors Volk. Der Entscheid sei mit einer Gegenstimme gefallen, teilte die SP mit. (bä/sda)

## Morgen beginnt Hardturm-Abbruch

**ZÜRICH** – Das Ende eines Monuments der Schweizer Fussball-Geschichte rückt näher: Der Abbruch des seit September 2007 leer stehenden Zürcher Hardturm-Stadions beginnt morgen Donnerstag. Gegen die entsprechende Bewilligung der Stadt Zürich ging kein Rekurs ein. Die Arbeiten dauern voraussichtlich bis im Frühling 2009.

Abgebrochen werden nur die oberirdischen Bauten, wie es in einer Mitteilung der Grundeigentümerin Credit Suisse (CS) heisst. Wann auf dem Areal das seit Langem geplante, neue, fünfeckige Fussballstadion mit integriertem Einkaufszentrum gebaut wird, ist nach wie vor offen. Noch immer ist ein Rechtsverfahren hängig. Am grundsätzlichen Willen, das Projekt voranzutreiben, habe sich nichts geändert, schreibt die CS weiter. (sda)



Bald in grösserem Gebiet zu empfangen: die News-Sendung von «TeleZüri». Bild: pd